

Am 25. Februar 2021 fand die Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf statt. In einem überfraktionellen Antrag (DIE LINKE, SPD, Bündnis90/ Die Grünen) wird das Bezirksamt aufgefordert, zusätzliche finanzielle Mittel im nächsten Doppelhaushalt 2022/23 für die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf bereitzustellen.

In der Aussprache zum Antrag werden die pad gGmbH, der Träger der Koordinierungsstelle, durch Vertreter der AfD diffamiert und zwei Menschen massiv angegriffen.

Die pad gGmbH erklärt dazu:

- Seit mehr als 30 Jahren stehen wir als Träger mit vielen anderen Kooperationspartner_innen für eine solidarische, inklusive Stadtgesellschaft ein. Unsere tägliche Arbeit richten wir an den Menschenrechten aus. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt: unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht(sidentität), sexueller Orientierung, Alter oder körperlicher Verfassung. Unsere Einrichtungen und Projekte schaffen Räume, die Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung bieten wollen. Eine Grundlage unserer Arbeit ist die Positionierung gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und menschenverachtende Einstellungen.
- Seit mehreren Jahren sind unterschiedlichste Träger im sozialen Bereich in Berlin mit Anfragen und Anträgen der AfD in den Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus von Berlin konfrontiert, die deren Arbeit delegitimieren sollen. Mehr als 180 Berliner Träger haben dies bereits im Jahr 2018 in einer gemeinsamen Erklärung verurteilt.
- Die Wortbeiträge der AfD vom 25. Februar 2021 sind Teil kontinuierlicher Einschüchterungsversuche und diffamierender Angriffe - auch gegen unseren Träger - in den letzten Jahren.
- Wir werden uns nicht durch diese Angriffe der AfD einschüchtern lassen. Unsere demokratische und menschenrechtsorientierte Haltung verbietet es uns diesen Entwicklungen neutral gegenüberzustehen. Wir werden weiterhin in unseren Einrichtungen und Projekten für eine vielfältige und weltoffene Stadtgesellschaft eintreten und jenen Gehör verschaffen, die von Ressentiments, Vorurteilen und extrem rechter Gewalt betroffen sind.
- Wir verurteilen die persönlichen und haltlosen Angriffe auf die zwei benannten Menschen in der letzten Bezirksverordnetenversammlung. Wir lehnen diese Form der politischen Kultur ab. Die pad gGmbH erklärt sich solidarisch mit den Betroffenen und steht an deren Seite. Zugleich wollen wir richtigstellen, dass erst benannte Person weder bei der pad gGmbH tätig war noch aktuell beim Träger arbeitet. Durch eine unsaubere Recherche diffamiert der Vertreter der AfD damit einen unbeteiligten Menschen und dessen wissenschaftliche Reputation.
- Wir danken allen Bezirksverordneten der demokratischen Fraktionen sowie dem Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie Gordon Lemm für die unterstützenden Worte.

Berlin, 03.03.2021

pad gGmbH

Kastanienallee 55

12627 Berlin

info@pad-berlin.de

www.pad-berlin.de